BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 122-1 vom 26. November 2026

Rede des Bundesministers des Innern, Alexander Dobrindt,

zum Haushaltsgesetz 2027
vor dem Deutschen Bundestag
am 26. November 2026 in Berlin:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Hybride Bedrohungen sind nicht abstrakt, Hybride Bedrohungen sind konkrete Gefahren. Für manche klingt „hybride Bedrohung“ nach Fachkonferenz, nach Strategiepapier. Aber Spionage, Sabotage, Cyberangriffe sind tägliche Realität in Deutschland.

Terrorismus, Extremismus, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine – all diese Bedrohungen bilden eine Schattenfront. Diese Schattenfront bewegt sich mitten durch Europa; sie bewegt sich mitten durch Deutschland. Und darauf gibt dieser Haushalt die notwendige Antwort – mit Souveränität, mit Stärke und mit Sicherheit für unser Land.

Souveränität, weil wir unsere Nachrichtendienste auf Augenhöhe mit unseren europäischen Partnern bringen, weil wir den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst zu vollwertigen Kooperationspartnern im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Staatsterrorismus machen. Verfassungsschutz ist Demokratieschutz. Und genau deswegen entwickeln wir unsere Nachrichtendienste zu echten Geheimdiensten.

Stärke, weil wir die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt mit neuen Befugnissen ausstatten, weil wir mit dem Bundespolizeigesetz dafür sorgen, dass wir der ständigen Bedrohung, die wir durch Drohnen erleben, mit der Drohnenabwehr etwas entgegensetzen und diese Bedrohung aus der Luft auch bekämpfen können.

300 Einsatzkräfte bis Ende dieses Jahres bei der Bundespolizei, 1.000 Einsatzkräfte zur Drohnenabwehr im nächsten Jahr, 130 Millionen Euro in diesem Haushalt für Beschaffung von Drohnenabwehrtechnik: Wir schaffen die bestausgebildete und -ausgestattete Bundespolizei, die es jemals gegeben hat, weil das das sichtbare Zeichen für Stärke und Sicherheit ist, liebe Freunde.

Und Sicherheit schaffen wir gegenüber der Zerstörungskraft im Cyberraum. Täglich sind wir Angriffen im Netz ausgesetzt: Cyberangriffe gegen die Infrastruktur, gegen die Industrie, gegen Behörden, gegen unsere Lebensmittelversorgung. Mit unserem Cybersicherheitsgesetz machen wir jedem Angreifer klar, dass wir in der Lage und bereit sind, zurückzuschlagen. Wer uns digital angreift, muss schlichtweg damit rechnen, dass wir ihn digital aus dem Spiel nehmen. Das ist Sicherheit für unser Land.

Wir stellen unser Land sicherheitspolitisch neu auf. Wir stellen unser Land in Sicherheitsfragen auf komplett neue Beine. Wir schaffen das Reform-Triple: Verfassungsschutz, Bundespolizei, Cyberabwehr. Das ist der Hattrick der Sicherheitsagenda dieser Bundesregierung. Ein herzliches Dankeschön an SPD- und CDU/CSU-Fraktion!

Und ja, wir setzen die Migrationswende weiter konsequent um: 70 Prozent weniger illegale Migration nach Deutschland im Verhältnis zu 2024, Aufbau des neuen europäischen Migrationspakts – Deutschland ist bei den Zielländern nicht mehr Platz eins, sondern Platz vier hinter Italien, Frankreich und Spanien –, Abbau von Flüchtlingsunterkünften in unseren Kommunen: All das sind die sichtbaren Beweise dafür, dass wir aus der Migrationswelle eine Migrationswende machen.

Und dabei sehen wir, dass sich vieles auch international in der Betrachtung von illegaler Migration verändert. Gerade gestern hat es ein bemerkenswertes Urteil des Euro-

päischen Gerichtshofes für Menschenrechte gegeben. Herr Bartsch hat darauf verwiesen, dass es immer wieder Gerichtsurteile mit sehr unterschiedlichen Einschätzungen gibt; das ist richtig. Aber betrachten Sie auch mal das Gerichtsurteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte von gestern! Die Kernaussage lautet: Ein Rechtsstaat muss nicht tatenlos zusehen, wenn Migration gegen ihn, gegen Europa instrumentalisiert wird. Staaten dürfen Zurückweisungen an Grenzen vornehmen, wenn illegale Migration instrumentalisiert wird. Staaten dürfen dafür sorgen, dass ihre Souveränität geschützt ist, wenn Migration instrumentalisiert wird.

Deswegen rate ich, einfach auch zur Kenntnis zu nehmen: Es ändert sich vieles, auch in der Sichtweise. Wir müssen nicht akzeptieren, dass wir durch illegale Migration destabilisiert werden. Wir können uns dagegen schützen. Und das ist der Auftrag, den wir wahrnehmen.

Herr Emmerich, herzlichen Dank für Ihre Frage. Als *Erstes* freue ich mich, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass diese Grenzkontrollen eine eindeutige Wirkung bei der Frage des Zurückdrängens der illegalen Migration haben. Wenn man sich die nüchternen Zahlen anschaut, dann wird klar: Es ist uns gelungen, in den vergangenen Monaten an den Grenzen 60.000 Personen bei illegalen Einreiseversuchen zurückzuweisen. Es ist gelungen, Tausende von Schleusern festzunehmen. Es ist gelungen, Haftbefehle zu vollstrecken, die wir sonst nie hätten vollstrecken können. Das heißt, es muss doch mal die klare Erkenntnis da sein, dass das ein notwendiges Mittel im Kampf gegen die illegale Migration war.

Zweitens ist es in einem Rechtsstaat vollkommen normal, dass natürlich auch diese Fragen im Detail vor Gerichten betrachtet, beraten und mit entschieden werden. Aber wir haben immer auch ganz deutlich gemacht: Das sind Entscheidungen, die auch in Europa gerichtlich zu überprüfen sind. Wir wollen zu all diesen Fragen auch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes haben. Zehn Länder in Europa machen zurzeit Grenzkontrollen, ja, und natürlich Zurückweisungen. Das sind Entscheidungen, die in Europa und beim Europäischen Gerichtshof geklärt werden müssen. Da wollen wir hin.

Die Entscheidung von gestern hat eindeutig gezeigt, dass Europa in der Lage ist, zu erkennen, dass es durch illegale Migration destabilisiert wird, und dass es sich gegen diese Destabilisierung wehren darf.

Ich bin übrigens von der Debatte und der Diskussion über das, was ein nächster Schritt im Kampf gegen illegale Migration ist – das Nutzen von Drittstaatskonzepten –, und die Wortmeldungen dazu durchaus irritiert. Herr Eckert, das, was Sie vorhin hier geäußert haben – staatlich organisierter Menschenhandel –, finde ich zynisch und in keiner Weise akzeptabel. Ich habe vernommen, was Ihr Parteivorsitzender dazu geäußert hat, der von menschenverachtenden Abschiebelagern in Drittländern spricht und dabei auch noch falsche Zahlen verbreitet, der im Fernsehen erklärt, wir würden pro Person 20 Millionen Euro aufwenden. Das ist mindestens frei erfunden. Ich will Ihnen sagen: Unwissenheit ist das eine, Unwahrheit ist das andere. Sie versuchen, hier Stimmung zu machen gegen etwas, was wir auf der europäischen Ebene vereinbart haben, nämlich Drittstaatsmodelle zu nutzen. Wie wäre es, wenn Sie sich mal damit auseinandersetzen – übrigens auch Herr Emmerich –, dem Rechtsstaat zur Durchsetzung zu verhelfen? Wir reden bei Drittstaatskonzepten über Menschen, die kein Asylrecht in Deutschland haben, die ein Asylverfahren durchlaufen haben und abgelehnt worden sind, die ein Widerspruchsverfahren durchlaufen haben und abgelehnt worden sind, die aber nicht außer Landes gebracht werden können, weil ihre Heimatländer nicht kooperieren oder weil sie nicht kooperieren, bei der Identitätsfeststellung nicht mitwirken. Wie soll denn eigentlich der Rechtsstaat hier durchgesetzt werden, wenn wir nicht dafür sorgen, dass diese Menschen in andere Länder, die mit uns kooperieren, verbracht werden können? Es ist doch auch eine Frage der Neuordnung der Migration, wenn wir dafür eine Lösung finden. Dafür gibt es Partnerländer, die mit uns arbeiten wollen. Ja, und es gibt Länder in Europa, mit denen wir das gemeinsam organisieren. Eines dieser Partnerländer kann Ruanda sein, ein Land, das sich dazu bereit erklärt hat, mit uns ein Drittstaatskonzept zu entwickeln, wo Menschen in einer offenen Einrichtung untergebracht werden können, um ihnen eine Perspektive zu entwickeln, die sie in Deutschland und Europa eben nicht haben. Ich bin sehr dafür, dass wir diesen Weg gehen; denn es ist die Notwendigkeit der Durchsetzung des Rechtsstaats, wenn wir Menschen, die hier nicht bleiben dürfen, auch außer Landes bringen können.

Ich will Ihnen an dieser Stelle auch eines sagen, weil ich diese abwertenden Urteile über ein Land, das möglicherweise mit uns kooperieren will – Ruanda –, für vollkommen deplatziert halte: Kennen Sie eigentlich die „School of Leadership, Afghanistan“, das einzige Mädcheninternat für afghanische Schülerinnen weltweit? Dieses Internat wurde 2016 in Kabul eröffnet. Es musste 2021 schließen. 250 Schülerinnen und Lehrkräfte mussten Kabul verlassen und dieses Internat an einer anderen Stelle weiterführen. Wissen Sie, wo dieses Internat heute steht, nach seiner Evakuierung? Es steht in Ruanda. Wissen Sie, wo diese Schülerinnen aus Afghanistan heute im Internat unterrichtet werden? In Ruanda. Wissen Sie, wo ein neuer Campus aufgebaut wird für dieses Internat? Nicht in Deutschland, in Ruanda. Dort können jetzt 120 Mädchen eine höhere Schule besuchen und Ausbildung bekommen: in Ruanda.

Wissen Sie, es wäre vielleicht eine Idee gewesen, dass Sie mal überlegen: Wo könnte man denn solche Internatsschülerinnen aus Afghanistan unterrichten, ein neues Internat aufbauen? Vielleicht nicht in Ruanda, vielleicht auch in Deutschland. Das wäre vielleicht mal feministische Außenpolitik gewesen. Aber die haben Sie ja nicht umgesetzt, sondern Sie haben nur dagegen polemisiert.

Herzliches Dankeschön, meine Damen und Herren.

* * * * *